



Rechtsausschuss

39. Sitzung (öffentlicher Teil)

7. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

- a) Behandlung der Punkte 11 - Besetzung der Stelle des Abteilungsleiters "Personal und Recht" im Justizministerium - und 12 - Ermittlungsverfahren gegen den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf

Gemäß der Verständigung der Sprecher der Fraktionen sollen die Tagesordnungspunkte 11 und 12 zunächst im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden, allerdings anschließend in einem nichtöffentlichen bzw. vertraulichen Teil nochmals, falls gewünscht, zum Aufruf kommen. Tagesordnungspunkt 12 soll im öffentlichen Teil der Sitzung gegen 15:00 Uhr zur Aussprache gestellt werden.

- b) **zu Punkt 2 - Sicherheit durch Budgetierung**

1

Der Ausschuss erklärt sich einverstanden, diesen Punkt heute nicht zu beraten.

¹⁾ Vertraulicher Teil siehe Vertr. APr 13/38

- 1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (s. Anlagen 1, 2 und 3)** 2
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 - Neudruck - und 13/4660 - 1. Ergänzung
Vorlagen 13/2420 und 13/2471
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Justizminister Wolfgang Gerhards informiert vorab über die gestrigen Beratungen des Kabinetts betreffend die 2. Ergänzung zum Haushaltsentwurf.
- Zu den einzelnen Anträgen (s. Anlagen 2 und 3):** 3
- zu Antrag lfd. Nr. 1 der Anlage 3** 3
- Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.
- zu Antrag lfd. Nr. 2 der Anlage 3** 3
- Der Antrag wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.
- zu Antrag lfd. Nr. 3 der Anlage 3** 4
- und
- zu Antrag lfd. Nr. 3 der Anlage 2**
- Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.
- Der Antrag der Fraktion der FDP ist durch die Annahme des weitergehenden Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt.

zu Antrag lfd. Nr. 4 der Anlage 3

5

und

zu Antrag lfd. Nr. 4 der Anlage 2

Der Antrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen der Antragstellerinnen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der FDP ist durch die Annahme des weiter gehenden Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt.

zu Antrag lfd. Nr. 5 der Anlage 3

5

und

zu Antrag lfd. Nr. 5 der Anlage 2

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist durch die Annahme des weiter gehenden Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt.

zu Antrag lfd. Nr. 6 der Anlage 3

5

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

zu Antrag lfd. Nr. 1 der Anlage 2

7

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 2 der Anlage 2

8

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 6 der Anlage 2 8

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 7 der Anlage 2 8

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 8 der Anlage 2 9

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Anschließend billigt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Einzelplan 04 einschließlich der ersten Ergänzung und der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

2 Sicherheit durch Budgetierung 9

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4405

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die Beratung und Abstimmung zu diesem Punkt wurde vertagt; s. "Zur Tagesordnung".

3 Gerichtsvollzieherwesen modernisieren - Berufsbild stärken und Rechtsdurchsetzung beschleunigen 9

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4445

Auf Wunsch der FDP-Fraktion soll zu diesem Thema eine Anhörung durchgeführt werden. Die Obleute sollen dazu die Einzelheiten festlegen.

- 12 Ermittlungsverfahren gegen den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf** 13
Bericht des Ministers und ausführliche Diskussion
- 11 Besetzung der Stelle des Abteilungsleiters "Personal und Recht" im Justizministerium** 36
Bericht des Ministers und Diskussion
- 4 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen** 38
Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3014
Der Ausschuss gibt kein Votum an den federführenden Ausschuss ab.
- 5 Einrichtungen für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der inneren Sicherheit in NRW** 39
Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4400
Der Ausschuss spricht sich für eine Vertagung der Beratung aus.
- 6 Betreuungsvereine fördern - ehrenamtliche Betreuung stärken** 40
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4486
Der Ausschuss kommt überein, den Antrag nochmals zu diskutieren.

- 7 Verfassungsgerichtliches Verfahren** 41
**zum Gesetz des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Aufhebung
des Gesetzesbeschlusses zur Änderung des schleswig-holsteinischen
Abgeordnetengesetzes und zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse
der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages**
2 BvK 1/03
Vorlage 13/2498

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, keine Stellungnahme ab-
zugeben.
- 8 Video- und DVD-Piraterie** 41
- Bericht des Justizministers
- 9 Bescheinigungspraxis von Psychotherapie im Justizvollzug (Schreiben
an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses vom 18. Oktober 2003)** 45
- Bericht des Justizministers
- 10 "Zukunft des mittleren Dienstes"** 46
- Bericht des Justizministers
- Diskussion
- 13 Verschiedenes** 50
- Erklärung des Justizministers

1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (s. Anlagen 1, 2 und 3)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 - Neudruck - und 13/4660 - 1. Ergänzung

Vorlagen 13/2420 und 13/2471

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass die Anträge zum Personalhaushalt (s. Anlage 1) dem Ausschuss lediglich zur Information, nicht jedoch zur Abstimmung - diese erfolge im Unterausschuss "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuss - vorlägen.

Justizminister Wolfgang Gerhards berichtet über die gestrigen Beratungen des Kabinetts betreffend die zweite Ergänzung zum Haushaltsentwurf. Drei Komplexe berührten den Justizetat:

Endgültig beschlossen habe das Kabinett die Realisierung des PPP-Projektes "Neubau einer JVA in Düsseldorf oder Umgebung". Das heiße: Die Ergänzung zum Haushalt 2004 werde eine Verpflichtungsermächtigung im Umfang von 52,5 Millionen € enthalten, um das Projekt über die Jahre zu finanzieren.

Zum anderen werde der Ansatz für die Einnahmen aus Vermögensabschöpfungen aufgrund der Entwicklung im Jahre 2003 für die beiden kommenden Jahre um jeweils 10 Millionen € reduziert. Die sich daraus ergebenden Mindereinnahmen würden ausgeglichen durch eine Absenkung des Ansatzes für Auslagen in Rechtssachen in gleicher Höhe. Die mit Blick auf die Ist-Situation 2003 erstellte Prognose lasse diese Absenkung zu.

Drittens sei das Kabinett übereingekommen, ab 1.1.2004 für die Arbeitsgerichtsbarkeit zusätzlich 20 Richterstellen und 30 Stellen für Servicekräfte zu etatisieren, versehen mit kw-Vermerken zum 1.1.2010, um einerseits der derzeitigen Belastung der Arbeitsgerichtsbarkeit, ausgelöst durch die schlechte konjunkturelle Lage, Rechnung zu tragen, andererseits durch die kw-Vermerke deutlich zu machen, dass es sich nicht um eine dauerhafte Vergünstigung, sondern lediglich um eine konjunkturbedingte Maßnahme handeln solle.

Zu den einzelnen Anträgen (s. Anlagen 2 und 3):

zu Antrag lfd. Nr. 1 der Anlage 3

Die **FDP**-Fraktion geht, entgegen der einleitenden Aussage des Ministers, nach wie vor von zu erzielenden Einnahmesteigerungen aus, so **Jan Söffing**.

Die **SPD**-Fraktion kann dieser Argumentation nach den Worten von **Frank Sichau** deshalb nicht folgen, weil sie die Zahlen der letzten Jahre sehr genau beobachtet habe mit dem Ergebnis, dass größere Summen - ähnlich wie ganz einschlägig in Baden-Württemberg festzustellen - nicht selten aus einem einzigen oder wenigen markanten Fällen stammten: ein Umstand, der sich nicht selbstredend jedes Jahr wiederhole.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

zu Antrag lfd. Nr. 2 der Anlage 3

Die **FDP**-Fraktion will nach Auskunft von **Jan Söffing** die Sinnhaftigkeit der Verausgabung dieser Mittel für den genannten Zweck in der Vergangenheit nicht abwerten, doch scheine es ihr angesichts der Finanzknappheit angebrachter, das Geld den genannten originären Justizaufgaben zukommen zu lassen.

Bezogen auf das, was die FDP-Fraktion mit den eingesparten Mitteln zu finanzieren gedanke, gebe es zwischen ihr und der **SPD**-Fraktion sicherlich keine Meinungsverschiedenheiten, erwidert **Hans-Willi Körfges**.

Etwas anderes gelte für die Absicht, sich durch die Streichung der Mittel von der entsprechenden Maßnahme zu verabschieden, da die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer den unabdingbaren Blick auf die dritte Gewalt, den Blick aus der Justiz auf die Justiz, nicht leisten könnten. Im Übrigen nähmen an den freiwilligen Arbeitsgemeinschaften eine Reihe besonders interessierter Schülerinnen und Schüler teil, denen der Rechtskundeunterricht eine wertvolle Hilfe bei ihrer Berufswahl biete.

Zu überlegen wäre, sich einmal unabhängig von den Haushaltsberatungen den Inhalten, den Materialien und Handreichungen des Rechtskundeunterrichts zuzuwenden.

Vorsitzender Dr. Robert Orth bittet, die Möglichkeit zu bedenken, die Unterrichtskosten in anderen Etats zu veranschlagen. In diesem Zusammenhang habe die FDP-Fraktion den Rückzug des Gesundheitsressorts aus der Drogentherapie im letzten Jahr angesichts des eng bemessenen Justizhaushalts als sehr schmerzlich empfunden und

vermöge umgekehrt nicht nachzuvollziehen, weshalb die Justiz Kosten für Unterricht an Schulen tragen solle.

Sybille Haußmann (GRÜNE) betrachtet die Information der Schülerschaft gerade an Schulen mit Gewaltproblematik und einem hohen Anteil an delinquenten Jugendlichen speziell durch Justizpersonal als unbedingt erforderlich. Lehrerinnen und Lehrer sähen sich dazu nicht in der Lage und freuten sich über die externe Unterstützung.

Ferner gebe es keine Notwendigkeit für den Verzicht auf die Finanzierung des Rechtskundeunterrichts insofern, als die Koalitionsfraktionen die Mittel für die Projekte, die nach dem Willen der FDP durch die Einsparung an dieser Stelle finanziert werden sollten, durch andere Maßnahmen zur Verfügung stellen könne.

Der vom Vorsitzenden erwähnte Rückzug des Gesundheitsbereichs aus der Drogentherapie ist, wie **Frank Sichau (SPD)** mitteilt, bekanntlich rückgängig gemacht worden. Aber auch ein solcher Rückzug hätte kein Argument geboten, hinsichtlich des Rechtskundeunterrichts vonseiten der Justiz Gleiches zu tun.

Die **CDU-Fraktion** wird ihre Anträge wegen der knappen Vorlaufzeiten erst in den Haushalts- und Finanzausschuss einbringen und sich bei den Abstimmungen heute grundsätzlich zurückhalten, führt **Peter Biesenbach** aus.

Was allerdings diesen Antrag der FDP-Fraktion anbelange, so erscheine ihm das Konzept "Rechtskundeunterricht" nicht als entsprechend geeignet, um es angesichts knapper Kassen weiterhin aus dem Justizetat zu finanzieren.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

zu Antrag lfd. Nr. 3 der Anlage 3

und

zu Antrag lfd. Nr. 3 der Anlage 2

Frank Sichau (SPD) verweist auf die Erfolge der Modelle, insbesondere des Münsteraner.

Sybille Haußmann (GRÜNE) richtet den Blick auf den Bundesgesetzgeber, der beabsichtige, die gemeinnützige Arbeit als Sanktionsform offiziell anzuerkennen. Auch von daher bedürfe es einer langfristigen Sicherung der Projekte.

Jan Söffing (FDP) hebt die erfreuliche Einigkeit unter den Fraktionen auf dem in Rede stehenden Feld hervor, zeigt sich aber hinsichtlich der Realisierbarkeit der von

Rot-Grün eingebrachten Deckungsvorschläge kritisch. Demgegenüber habe die FDP-Fraktion zwar einen etwas niedrigeren Ansatz vorgeschlagen, dafür aber den hier gerade diskutierten konkreten Deckungsvorschlag aufgezeigt. Deshalb werbe er für den Antrag seiner Fraktion.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der FDP ist durch die Annahme des weiter gehenden Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt.

zu Antrag lfd. Nr. 4 der Anlage 3

und

zu Antrag lfd. Nr. 4 der Anlage 2

Der Antrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen der Antragstellerinnen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der FDP ist durch die Annahme des weiter gehenden Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt.

zu Antrag lfd. Nr. 5 der Anlage 3

und

zu Antrag lfd. Nr. 5 der Anlage 2

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist durch die Annahme des weiter gehenden Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt.

zu Antrag lfd. Nr. 6 der Anlage 3

Jan Söffing (FDP) charakterisiert den Jugendstrafvollzug als den hinsichtlich der Klientel am problembehaftetsten. Aus diesem Grunde habe die FDP-Fraktion vor einigen Monaten ein Eckpunktepapier erarbeitet zur Ausgestaltung des Jugendstrafvollzugs in einer Art und Weise, die es erlaube, Jugendliche möglichst schnell und gezielt zu resozialisieren. Der zeitliche Druck, unter dem eine solche Umgestaltung angesichts auch der jüngsten Berichte stehe, mache es erforderlich, in 2004 und 2005 eine Anschubfi-

nanzierung zu etatisieren. Die Deckung würde über die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens erwirtschaftet, die laut Berechnungen mit 43 Millionen € zu Buche schlagen werde.

Sybille Haußmann (GRÜNE) befürwortet ausdrücklich eine Überprüfung des Jugendstrafvollzugs unter den Aspekten "Funktionsfähigkeit", "Optimierungsmöglichkeiten", "Reibungsflächen" etc., um die beträchtlichen Mittel, die dem Jugendstrafvollzug zufließen, besser oder anders zu nutzen, widerspricht aber dem Vorhaben, allein aufgrund eines FDP-Papiers ohne Beratung eines Konzeptes "eben mal" eine Million € in den Haushalt einzustellen.

Auch **Frank Sichau (SPD)** bezeichnet es als wenig sinnvoll, ohne ausreichende Grundlage Ausgaben zu beschließen, zumal hinter der angegebenen Deckung noch Fragezeichen ständen: Beim Gerichtsvollzieherwesen nämlich handele es sich zum einen um einen weitgehend hoheitlichen Bereich, was bei einer Privatisierung Schwierigkeiten bereite, zum anderen sei bisher ungeklärt, inwieweit etwaige Einsparungen im Zuge einer Privatisierung dann durch die Notwendigkeit, mittellose Antragsteller finanziell zu unterstützen, um ihnen die Geltendmachung eines Anspruchs zu ermöglichen, aufgezehrt würden.

Im Übrigen existierten zahlreiche Hilfsangebote im Jugendstrafvollzug: MABiS.NeT diene dazu, Jugendlichen, die im Strafvollzug eine Ausbildung begonnen hätten, Wege zu eröffnen, diese außerhalb des Vollzugs zu beenden bzw. Jugendlichen mit im Vollzug abgeschlossener Ausbildung eine Berufstätigkeit zu vermitteln; in Siegburg gebe es innerhalb des Jugendstrafvollzugs eine Sozialtherapie; die Vollzugskommission setze sich zur Vorbeugung gegen das Begehen weiterer Straftaten für psychologische und sozialpädagogische Angebote im Jugendarrest ein und vieles mehr.

Peter Biesenbach (CDU) erinnert an die Plenardebatte über Einrichtungen für delinquente Kinder, die gezeigt habe, dass sich die rot-grüne Mehrheit auf diesem Feld nicht bewege und an der Formel festklammere: Ohne Konzept nichts Neues; und außerdem bedürfe es keiner Neuerungen, da alles schon existiere.

Das heiße aber im Umkehrschluss: Irgendwann liege vielleicht ein tolles Konzept vor, allerdings bestehe keine Aussicht mehr auf Gelder. Denn niemand glaube doch angesichts der wirtschaftlichen Situation ernsthaft an einen Geldsegen in den kommenden Jahren.

Die Devise jetzt könne daher nur lauten: Da Ideen in ausreichendem Maße existierten, gelte es nunmehr, für die Mittel zu sorgen, um am und im Jugendstrafvollzug ernsthaft zu arbeiten. Gerade die Berichte über straffällige russlanddeutsche Jugendliche führten eindringlich die Notwendigkeit eines solchen Tuns vor Augen.

Eben dieses Beispiel "Russlanddeutsche" liefert nach Auffassung von **Frank Sichau (SPD)** den Beleg dafür, dass es an einem tragfähigen Konzept mangle, sprich: die Zurverfügungstellung von Mitteln ins Leere liefe.

Jan Söffing (FDP) bringt sein Erstaunen über die Ausführungen von Sybille Haußmann zum Ausdruck, die offenbar meine, der Etat enthielte genügend Mittel, doch herrschte Mangel an Ideen; was die Frage aufwerfe, weshalb die Koalitionsfraktionen diese Ideen bisher nicht entwickelt hätten.

Und auch der Hinweis, zunächst zu diskutieren, gehe fehl, weil diese Diskussion seit inzwischen rd. drei Jahren stattfindet und ihr vonseiten der Koalitionsfraktionen immer mit dem Argument begegnet werde, für eine Verwirklichung neuer Ansätze könne kein Geld bereitgestellt werden, während die Koalitionäre jetzt, da die FDP die Etablierung von Geldern beantrage, dies mit den Worten abwehre, es gäbe kein Konzept.

Bernhard von Grünberg (SPD) bezeichnet es als Dreistigkeit, den Sozialdemokraten die sich seit Jahren um den Bereich "Jugenddelinquenz" kümmerten, Konzeptionslosigkeit vorzuwerfen.

Außerdem warte man auf die auf Bundesebene angekündigte neue und bessere Grundlage für den Jugendstrafvollzug. Daraus folge: Zunächst müsse der Bund diese Basis schaffen, und zwar sowohl in gesetzlicher als auch in finanzieller Hinsicht, nicht aber das Land in Vorleistung treten.

Hans-Willi Körfges (SPD) stellt die Probleme im Jugendstrafvollzug, insbesondere betreffend eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen, nicht in Abrede und unterstützt den Vorschlag von Sybille Haußmann, sich dieses Themas intensiv anzunehmen.

Es trage aber nicht zur Lösung der Schwierigkeiten bei, sondern eher zur Schaffung neuer, auf schwankendem Boden im Gerichtsvollzieherwesen herum zu experimentieren und mit bisher gar nicht freigegebenen Mitteln aus diesem Bereich ein - angebliches - Modellprojekt finanzieren zu wollen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

zu Antrag lfd. Nr. 1 der Anlage 2

Frank Sichau (SPD) erläutert, auch mit der Aufstockung der Mittel in 2005 lasse sich der Bedarf sicherlich nicht vollständig erfüllen.

Sybille Haußmann (GRÜNE) betont, der in diesem und in entsprechenden Bereichen betriebene finanzielle Aufwand rechne sich durch die erzielten Erfolge und damit die in ungleich größerem Maße entstandenen Einsparungen an anderer Stelle: ein im Rahmen von Haushaltsberatungen nicht zu vernachlässigender Aspekt.

Jan Söffing (FDP) beschreibt die Sache als förderungs- und unterstützungswürdig, begründet die Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung aber mit der ungeklärten Frage nach der Deckung.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 2 der Anlage 2

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 6 der Anlage 2

Die Koalitionsfraktionen haben nach den Worten von **Frank Sichau (SPD)** die Zweifel der anderen Fraktionen an der Validität des Deckungsvorschlages zur Kenntnis genommen, halten diese Validität jedoch für gegeben.

Da sich die Validität schwer einschätzen lasse, werden sich die Oppositionsfraktionen bei der Abstimmung enthalten, führt **Jan Söffing (FDP)** aus.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 7 der Anlage 2

Die Bedeutung der Drogenberatung beschränkt sich, wie **Frank Sichau (SPD)** ausführt, nicht auf die Verweildauer der Abhängigen im Vollzug. Vielmehr wirke die Beratung in den Haftanstalten auf das gesamte Drogenhilfesystem ein, denn inzwischen kämen zwei Drittel derjenigen, die es in Anspruch nähmen, aus dem Vollzug. Von den weiblichen Gefangenen seien rd. 50 % drogenabhängig, von den männlichen über 35 %.

Mit diesem Antrag reagieren die Koalitionsfraktionen auf die immer wieder laut gewordene Kritik, es würde immer mehr Geld für Sicherheitstechnik, für Gebäude, für Mieten und Pachten eingesetzt und dafür die Arbeit mit den Menschen vernachlässigt, erläutert **Sybille Haußmann (GRÜNE)**. Man wolle sich bemühen, Ausgabenreduzierungen zu erreichen, und mit dem Ersparten die Drogenberatung unterstützen. Natürlich basiere das Ganze auf dem Prinzip Hoffnung, doch enthalte ein Doppelhaushalt eine Reihe von Unwägbarkeiten, die das Vorhaben machbar erscheinen ließen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

zu Antrag lfd. Nr. 8 der Anlage 2

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Anschließend billigt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Einzelplan 04 einschließlich der ersten Ergänzung und der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

2 Sicherheit durch Budgetierung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4405

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Die Beratung und Abstimmung zu diesem Punkt wurde vertagt; s. a. S. 1 dieses Protokolls)

3 Gerichtsvollzieherwesen modernisieren - Berufsbild stärken und Rechtsdurchsetzung beschleunigen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4445

(vom Landtag am 20. November 2003 an den Rechtsausschuss überwiesen)

Für seine Fraktion bekundet **Vorsitzender Dr. Robert Orth (FDP)** den Wunsch, sich mit dem Thema im Rahmen einer Anhörung auseinander zu setzen. Zwar beschäftige sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ebenfalls mit diesem Komplex, doch handele es sich dabei um ein Gremium der Exekutive. Der Legislative stände es gut an, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Frank Sichau (SPD) spricht sich nicht gegen eine solche Anhörung aus, bittet jedoch, mit Blick auf die Bund-Länder-Arbeitsgruppe koordiniert vorzugehen.

Sybille Haußmann (GRÜNE) erkundigt sich nach den zeitlichen Planungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und schlägt vor, die Sachverständigen hier in den Landtag nach Abschluss der Beratungen auf Bundesebene einzuladen.

Tischvorlage am 07.01.09
im Rechtsausschuss

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Personalhaushalt

Anlage 2 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	FDP	Kapitel 04 020 Titel 427 01 Erläuterung: Zur personellen Verstärkung und Unterstützung der Serviceeinheiten in allen Gerichtsbarkeiten Erhöhung des Ansatzes	Allgemeine Bewilligungen Vergütung und Löhne für Aushilfen 2005 von 0 Euro um 1 000 000 Euro auf 1 000 000 Euro 2004 von 0 Euro um 500 000 Euro auf 500 000 Euro Ansatz lt. HH 2003 0 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE

Begründung:

Gegenwärtig sind die Verfahrensdauern bei Gericht länger als es für die Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger erträglich ist. Dies liegt nicht zu letzt daran, dass im Bereich der Serviceeinheiten bei der gegenwärtig Ausstattung nicht genug Personal zur Verfügung steht.

Anlage 2 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 1		Das Projekt Justiz 2003 ist entgegen der ursprünglichen Planung noch nicht abgeschlossen. Daher ist es im Interesse einer leistungsfähigen Justiz notwendig eine Verstärkung in diesem Bereich vorzunehmen.	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Personalhaushalt

Anlage 2 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richtern und Richter</p> <p>Ausweisung folgender kw-Vermerke bei der Besoldungsgruppe A 8 Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin:</p> <p>2004: 45 kw- Vermerke</p> <p>2005: 45 kw-Vermerke</p> <p>Verminderung des Ansatzes</p>	<p>2005</p> <p>610 671 200 Euro von</p> <p>3 000 000 Euro um</p> <p>607 671 200 Euro auf</p> <p>2004</p> <p>602 251 800 Euro</p> <p>1 500 000 Euro</p> <p>600 751 800 Euro</p> <p>614 286 000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2003</p>	<p>SPD</p> <p>CDU</p> <p>FDP</p> <p>GRÜNE</p>

Anlage 2 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 2			<p>Begründung: Das Gerichtsvollzieherwesen muß privatisiert werden. Das wird zu Einsparungen von 43 Mio. Euro führen. Bei einer Umsetzung der Privatisierung im Jahr 2004 können sukzessive kw-Vermerke ausgebracht werden. Daher können im Haushaltsjahr 2004 45 Stellen im Bereich A8 der Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin kw-gestellt werden und im Jahr 2005 weitere 45. Dies führt im Haushaltsjahr 2004 zu einer Einsparung von 1, 5 Mio. Euro und im Jahr 2005 zu einer Einsparung von 3 Mio. Euro.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
 Rechtsausschuss
 zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
3	SPD/ Grüne	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften 1 Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst 2</p> <p>Reduzierung des Ansatzes³</p> <table border="0" data-bbox="639 831 1037 1659"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td></td> <td style="text-align: center;">2004</td> <td></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>80.037.200 Euro</td> <td>von</td> <td>80.108.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>628.800 Euro</td> <td>um</td> <td>387.600 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>79.408.400 Euro</td> <td>auf</td> <td>79.720.600 Euro</td> <td></td> <td>77.845.600 Euro</td> </tr> </table> <p>1. Reduzierung der Stellenzahl für Justizsekretärinwärtler/-innen (BesGr. A 6 m.D.) in 2004 von 220 auf 182</p>		2005		2004		Ansatz lt. HH 2003	von	80.037.200 Euro	von	80.108.200 Euro			um	628.800 Euro	um	387.600 Euro			auf	79.408.400 Euro	auf	79.720.600 Euro		77.845.600 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
	2005		2004		Ansatz lt. HH 2003																						
von	80.037.200 Euro	von	80.108.200 Euro																								
um	628.800 Euro	um	387.600 Euro																								
auf	79.408.400 Euro	auf	79.720.600 Euro		77.845.600 Euro																						

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
- 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen
- 3 Nichtzutreffendes löschen:
Hinweis: Bei einem Antrag auf Einrichtung eines neuen Titels/einer neuen Verpflichtungsermächtigung (VE) sind auch die Zeilen "von/um/auf" zu löschen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>in 2005 von 233 auf 195</p> <p>2. Reduzierung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen für Justiz-/Regierungssekretärwärter/innen (BesGr. A 6 m.D.) in 2004 von 38 auf 0</p> <p>Begründung: Durch die Verkürzung der Ausbildung im mittleren Justizdienst von zwei Jahren auf sechs Monaten werden 38 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (BesGr. A 6 m.D.) nicht mehr benötigt. Der Stellenplan wird für beide Haushaltsjahre entsprechend angepasst. Im Jahr 2004 werden 38 Einstellungsermächtigungen nicht mehr benötigt, da der erste verkürzte Ausbildungsgang zum 1.9.2005 beginnt. Deckung für Kapitel 04 210 Titel 684 10, 684 20, 684 30, 684 40 und für Kapitel 04 410 Titel 684 10</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Personalhaushalt

Anlage 2 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
4	FDP	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 427 01 Vergütung und Löhne für Aushilfen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" data-bbox="858 1384 1141 1823"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1 087 700 Euro</td> <td>von</td> <td>1 077 700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1 000 000 Euro</td> <td>um</td> <td>500 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2 087 700 Euro</td> <td>auf</td> <td>1 577 700 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel dienen zur Verstärkung der Sicherheitslage im Strafvollzug. Denn die Sicherheitslage im Strafvollzug wird immer bedrohlicher. Der Vollzugsalltag ist gekennzeichnet durch die zunehmende Gewaltbereitschaft der Gefangenen, eine Sprachenvielfalt und eine Zunahme an Selbstmorden, die zeigen dass der Resozialisierungsgedanke nur mit ausreichend Personal gewährleistet werden kann.</p>		2005	2004		von	1 087 700 Euro	von	1 077 700 Euro	um	1 000 000 Euro	um	500 000 Euro	auf	2 087 700 Euro	auf	1 577 700 Euro	<p>SPD CDU FDP GRÜNE</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2003 1 034 700 Euro</p>
	2005	2004																	
von	1 087 700 Euro	von	1 077 700 Euro																
um	1 000 000 Euro	um	500 000 Euro																
auf	2 087 700 Euro	auf	1 577 700 Euro																

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004 / 2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
1	SPD / BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen 1 Titel 684 10 Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" data-bbox="766 1075 957 1344"> <tr> <td></td> <td>2005</td> <td>2004</td> <td>Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.184.400 Euro</td> <td>von</td> <td>1.233.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>49.000 Euro</td> <td>um</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.233.400 Euro</td> <td>auf</td> <td>1.407.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Siehe Haushaltsvermerke bei Kapitel 04 410, Titel 51804 056 und Titel 51801 056.</p> <p>Begründung: Durch den gesetzlich geregelten Täter-Opfer-Ausgleich sollen mit einer Straftat verbundene Konflikte zwischen den Beteiligten einvernehmlich gelöst und eine Entlastung der Strafjustiz und des Strafvollzugs erreicht werden. Der TOA hat sich in der Praxis bewährt. Für das Haushaltsjahr 2003 sind 1.233.400 Euro bereitgestellt worden. Der Ansatz ist für die flächendeckende Versorgung in NRW auch im Jahr 2005 in gleichem Umfang erforderlich.</p>		2005	2004	Ansatz lt. HH 2003	von	1.184.400 Euro	von	1.233.400 Euro	um	49.000 Euro	um	Euro	auf	1.233.400 Euro	auf	1.407.000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
	2005	2004	Ansatz lt. HH 2003																
von	1.184.400 Euro	von	1.233.400 Euro																
um	49.000 Euro	um	Euro																
auf	1.233.400 Euro	auf	1.407.000 Euro																

1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis												
2	SPD BÜNDNIS 90/Die Grünen	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften1 Titel 684 10 Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit2</p> <p>Erhöhung des Ansatzes3</p> <table border="0" data-bbox="638 840 718 1688"> <tr> <td>2005</td> <td>2004</td> <td>Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von 955.600 Euro</td> <td>von 955.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 423.000 Euro</td> <td>um 423.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.378.600 Euro</td> <td>auf 1.378.600 Euro</td> <td>1.552.200 Euro</td> </tr> </table> <p>Siehe Haushaltsvermerke bei Kapitel 04 410, Titel 51804 056 und Titel 51801 056.</p> <p>Begründung: Mit diesem rechtspolitischen Arbeitsprogramm werden Straffällige und deren Bezugspersonen</p>	2005	2004	Ansatz lt. HH 2003	von 955.600 Euro	von 955.600 Euro		um 423.000 Euro	um 423.000 Euro		auf 1.378.600 Euro	auf 1.378.600 Euro	1.552.200 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
2005	2004	Ansatz lt. HH 2003													
von 955.600 Euro	von 955.600 Euro														
um 423.000 Euro	um 423.000 Euro														
auf 1.378.600 Euro	auf 1.378.600 Euro	1.552.200 Euro													

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des **Kapitels** einfügen
 - 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des **Titels** einfügen
 - 3 Nichtzutreffendes löschen:
- Hinweis: Bei einem Antrag auf Einrichtung eines neuen Titels/einer neuen Verpflichtungsermächtigung (VE) sind auch die Zeilen "von/um/auf" zu löschen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>angesprochen. Es umfasst im weitesten Sinne alle Beratungsfragen in den wichtigsten Lebensbereichen und ist daher als Rückfallprophylaxe und Wiedereingliederungsmaßnahme sowie als Prävention gegen zusätzliche Kapazitätsweiterungen im JV-Bereich unverzichtbar. Die Reduzierung gegenüber dem Ansatz 2003 trägt den Haushaltsrestriktionen angemessen Rechnung.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis												
3	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften1 Titel 684 20 Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit2</p> <p>Erhöhung des Ansatzes 3</p> <table border="0" data-bbox="758 1064 965 1355"> <tr> <td>2005</td> <td>2004</td> <td>Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0 Euro</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>200.000 Euro</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>200.000 Euro</td> <td>Euro</td> </tr> </table> <p>Siehe Haushaltsvermerke bei Kapitel 04 410, Titel 51804 056 und Titel 51801 056.</p> <p>Begründung: Im Rahmen der Strafvollstreckung wird seit 1984 die Möglichkeit zur ersatzweisen Ableistung von freier Arbeit angeboten. Das Projekt soll nicht nur Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden, sondern</p>	2005	2004	Ansatz lt. HH 2003	von	0 Euro	Euro	um	200.000 Euro	Euro	auf	200.000 Euro	Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
2005	2004	Ansatz lt. HH 2003													
von	0 Euro	Euro													
um	200.000 Euro	Euro													
auf	200.000 Euro	Euro													

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
 - 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen
 - 3 Nichtzutreffendes löschen:
- Hinweis: Bei einem Antrag auf Einrichtung eines neuen Titels/einer neuen Verpflichtungsermächtigung (VE) sind auch die Zeilen "von/um/auf" zu löschen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>darüber hinaus das Angebot für eine Realisierung von gemeinnütziger Arbeit als Bewährungsaufgabe ergänzen. In der Praxis hat sich das Arbeitsprogramm bewährt und den Strafvollzug entlastet. Bei einem vollständigen Fortfall des Programms müsste eine personelle Verstärkung des gehobenen Sozialdienstes der Justiz oder eine zusätzliche Überbelegung des Strafvollzugs mit zusätzlichen Haftkosten in Kauf genommen werden.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
4	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften1 Titel 684 30 Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern2</p> <p>Erhöhung des Ansatzes3</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;">2005</td> <td style="width: 20%; text-align: center;">2004</td> <td style="width: 20%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0 Euro</td> <td>von</td> <td>428.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>428.200 Euro</td> <td>um</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>428.000 Euro</td> <td>auf</td> <td>Euro</td> </tr> </table> <p>Siehe Haushaltsvermerke bei Kapitel 04 410, Titel 51804 056 und Titel 51801 056.</p> <p>Begründung: Das Programm dient dem Zweck, durch geeignete Therapeutinnen und Therapeuten und</p>		2005	2004	Ansatz lt. HH 2003	von	0 Euro	von	428.200 Euro	um	428.200 Euro	um	Euro	auf	428.000 Euro	auf	Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
	2005	2004	Ansatz lt. HH 2003																
von	0 Euro	von	428.200 Euro																
um	428.200 Euro	um	Euro																
auf	428.000 Euro	auf	Euro																

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
 - 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen
 - 3 Nichtzutreffendes löschen.
- Hinweis: Bei einem Antrag auf Einrichtung eines neuen Titels/einer neuen Verpflichtungsermächtigung (VE) sind auch die Zeilen "von/um/auf" zu löschen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Therapieplätze für Sexuallstraftäter das vorhandene Therapieangebot zu stabilisieren. Den Straftätern mit Kurzstrafen sollen weiterhin Perspektiven und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer spezifischen Sexualprobleme geboten werden. Zugleich sollen die Voraussetzungen erhalten bleiben, dass die Gerichte weiterhin von der Möglichkeit Gebrauch machen können, mit einer Therapieweisung die Vollstreckung der Freiheitsstrafe oder des Strafrestes zur Bewährung auszusetzen. Damit wird die entsprechende Entlastung des Strafvollzuges einschließlich der Vermeidung weiterer Arbeitsverdichtung im AvD beibehalten.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004 / 2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs-ergebnis																				
5	SPD / Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften1 Titel 684 40 Zuwendungen zur Haftvermeidung2 an freie Träger Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2005</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2004</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2003</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">153.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">um</td> <td style="text-align: right;">153.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">153.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">auf</td> <td style="text-align: right;">153.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">153.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Siehe Haushaltsvermerke bei Kapitel 04 410, Titel 51804 056 und Titel 51801 056.</p> <p>Begründung: Die Haftvermeidungsprojekte haben erfolgreich nachgewiesen, dass Haftvermeidung in großem Umfang möglich ist und zu hohen Einsparungen im Landeshaushalt führen. Mit den Mitteln sollen die bewährten 4 Projekte ihre Arbeit fortsetzen können und somit soziale Härten vermeiden als auch den Landeshaushalt entlasten. Der Entlastungsbeitrag (netto) trägt auch</p>		2005	2004	Ansatz lt. HH 2003		von	0 Euro	0 Euro	0 Euro		um	153.000 Euro	um	153.000 Euro		auf	153.000 Euro	auf	153.000 Euro	153.000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNEN
	2005	2004	Ansatz lt. HH 2003																				
von	0 Euro	0 Euro	0 Euro																				
um	153.000 Euro	um	153.000 Euro																				
auf	153.000 Euro	auf	153.000 Euro	153.000 Euro																			

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
- 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs-ergebnis
		zur Unterstützung des Ansatzes bei Kapitel 04 210, Titel 112 01 (Einnahmen Geldstrafen) bei.	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
6	SPD Grüne	<p>Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen1 Titel 971 50 Zur Deckung von Ausgaberesten 2</p> <p>Reduzierung des Ansatzes 3</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;">2005</td> <td style="width: 20%; text-align: center;">2004</td> <td style="width: 20%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.130.000 Euro</td> <td>von</td> <td>3.130.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>624.400 Euro</td> <td>um</td> <td>188.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.505.600 Euro</td> <td>auf</td> <td>2.941.600 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung für Kapitel 04 210 Titel 684 10, 684 20, 684 30, 684 40 und für Kapitel 04 410 Titel 684 10</p>		2005	2004	Ansatz lt. HH 2003	von	3.130.000 Euro	von	3.130.000 Euro	um	624.400 Euro	um	188.400 Euro	auf	2.505.600 Euro	auf	2.941.600 Euro				0 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
	2005	2004	Ansatz lt. HH 2003																				
von	3.130.000 Euro	von	3.130.000 Euro																				
um	624.400 Euro	um	188.400 Euro																				
auf	2.505.600 Euro	auf	2.941.600 Euro																				
			0 Euro																				

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
 - 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen
 - 3 Nichtzutreffendes löschen:
- Hinweis: Bei einem Antrag auf Einrichtung eines neuen Titels/einer neuen Verpflichtungsermächtigung (VE) sind auch die Zeilen "von/um/auf" zu löschen

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD BÜNDNIS 90/Die Grünen	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen1 Titel 518 01 056 Mieten und Pacht für Grundstücke, Gebäude und Räume2</p> <p>Der Titel wird um folgenden Abfließvermerk ergänzt:</p> <p>Die in den Jahren 2004 und 2005 nicht verausgabten Mittel erhöhen die Ansätze bei</p> <p>Kapitel 04 210 Titel 684 10, 684 20, 684 30, 684 40 und Kapitel 04 410 Titel 684 10 sowie bei</p> <p>Kapitel 11080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Bekämpfung der Suchtgefahren 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Begründung: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass für die große Zahl der Drogenkranken in den Haftanstalten eine qualifizierte Beratung notwendig ist, um so den Weg in eine</p>	SPD CDU FDP GRÜNE

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
- 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen
- 3 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Behandlungseinrichtung zu ermöglichen. Darüber hinaus trägt diese Maßnahme erheblich dazu bei, die Rückfallquote zu senken, Haftzeiten zu verkürzen und Überbelegungen abzubauen. Diesem Zweck dient die Erhöhung des Ansatzes bei Kapitel 11080, Titelgruppe 71, 684 71. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen über die in diesem Titel etatisierten Mittel hinaus zusätzliche Kräfte im Bereich der externen Drogenberatung in weiteren, bislang nicht oder nicht ausreichend berücksichtigten Justizvollzugsanstalten finanziert werden.</p> <p>Im Übrigen stehen die nicht verausgabten Mittel zur Erhöhung der Ansätze bei Kapitel 04 210, Titel 684 10 (Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit), 684 20 (Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit), 684 30 (Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern), 684 40 (Zuwendungen zur Haftvermeidung an freie Träger) und bei Kapitel 04 410, Titel 684 10 (Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs), zur Verfügung.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD BÜNDNIS 90/Die Grünen	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen¹ Titel 518 04 056 Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb</p> <p>Der Titel wird um folgenden Abfließvermerk ergänzt:</p> <p>Die in den Jahren 2004 und 2005 bis zur Höhe von 400.000 Euro nicht verausgabten Mittel erhöhen die Ansätze bei Kapitel 04 210 Titel 684 10, 684 20, 684 30, 684 40 und Kapitel 04 410 Titel 684 10 sowie bei Kapitel 11080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Bekämpfung der Suchtgefahren 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Begründung:</p>	SPD CDU FDP GRÜNE

- 1 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Kapitels einfügen
- 2 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen
- 3 an dieser Stelle die verbale Bezeichnung des Titels einfügen

Anlage zu Vorlage 13/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass für die große Zahl der Drogenkranken in den Haftanstalten eine qualifizierte Beratung notwendig ist, um so den Weg in eine Behandlungseinrichtung zu ermöglichen.</p> <p>Darüber hinaus trägt diese Maßnahme erheblich dazu bei, die Rückfallquote zu senken, Haftzeiten zu verkürzen und Überbelegungen abzubauen. Diesem Zweck dient die Erhöhung des Ansatzes bei Kapitel 11080, Titelgruppe 71, 684 71. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen über die in diesem Titel etatisierten Mittel hinaus zusätzliche Kräfte im Bereich der externen Drogenberatung in weiteren, bislang nicht oder nicht ausreichend berücksichtigten Justizvollzugsanstalten finanziert werden.</p> <p>Im Übrigen stehen die nicht verausgabten Mittel zur Erhöhung der Ansätze bei Kapitel 04 210, Titel 684 10 (Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit), 684 20 (Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit), 684 30 (Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern), 684 40 (Zuwendungen zur Haftvermeidung³ an freie Träger) und bei Kapitel 04 410, Titel 684 10 (Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs), zur Verfügung.</p>	

Tischvorlage am 07.01.04 im Rechtsausschuss

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
1	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gelichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 112 00 Einnahmen aus Vermögensabschöpfung</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2005</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2004</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">35 000 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">30 000 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">21 500 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">18 000 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">56 500 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">48 000 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">21 100 000 Euro</td> </tr> </table> <p>Ansatz lt. HH 2003</p> <p>Begründung: Der Haushaltsplanentwurf geht von Einnahmesteigerungen von 2003 zu 2004 in Höhe von 42% und von 2004 zu 2005 in Höhe von 17% aus. Die Steigerungen werden vom Justizministerium selbst als sehr vorsichtige Ansätze eingeschätzt, d.h. dass mit deutlich höheren Einnahmen aus dem Bereich der Vermögensabschöpfung zu rechnen ist. Da im Bereich der Polizei zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Einzelplan 03, Kapitel 03 110, Titel 536 11)</p>		2005	2004		von	35 000 000 Euro	30 000 000 Euro		um	21 500 000 Euro	18 000 000 Euro		auf	56 500 000 Euro	48 000 000 Euro	21 100 000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
	2005	2004																	
von	35 000 000 Euro	30 000 000 Euro																	
um	21 500 000 Euro	18 000 000 Euro																	
auf	56 500 000 Euro	48 000 000 Euro	21 100 000 Euro																

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 1			<p>Spezialisten zur Ermittlung herangezogen werden, die inzwischen gut eingearbeitet sind, werden die Ermittlungen in diesem Bereich auch zu mehr Vermögensabschöpfung im staatsanwaltlichen Bereich, in dem 20 kw-Vermerke verlängert worden sind, führen.</p>	

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 2			<p>diesen Bereich aufgewendet werden. Es ist gesamtgesellschaftlich sinnvoller, diese Mittel im Bereich der gemeinnützigen Arbeit, der Haftvermeidung und der Mitwirkung freier Träger bei der Behandlung von Sexualstraftätern zu verausgaben.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 684 20 Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2005</p> <p>von 0 Euro von 200 000 Euro</p> <p>um 163 500 Euro um 0 Euro</p> <p>auf 163 500 Euro auf 200 000 Euro</p> <p>Begründung: Gemeinnützige Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag im Strafvollzug. Daher ist es sinnvoll das Modellprojekt über das Jahr 2004 hinaus fortzusetzen.</p>	<p>2004 Ansatz lt. HH 2003</p>	<p>SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	FDP	<p>Kapitel 04 210</p> <p>Titel 684 30</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2005</p> <p>von 0 Euro um 327 500 Euro auf 327 500 Euro</p> <p>von 428 200 Euro um 0 Euro auf 428 200 Euro</p> <p>Begründung: Wegen der herausragenden Bedeutung der Arbeit, die freie Träger bei der Behandlung von Sexualstraftätern leisten, wäre es kurzfristig, den Ansatz im Jahr 2005 im Jahr 2005 auf Null zu reduzieren. Daher sind 327.500 Euro einzustellen.</p>	<p>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern</p> <p>2004</p> <p>Ansatz lt. HH 2003</p> <p>435 000 Euro</p> <p>SPD CDU FDP GRÜNE</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 684 40 Zuwendungen zur Haftvermeidung an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2005</p> <p>von 0 Euro von 0 Euro</p> <p>um 123 000 Euro um 150 000 Euro</p> <p>auf 123 000 Euro auf 150 000 Euro</p> <p>153 000 Euro</p> <p>Begründung: Die Aufgaben, die die freien Träger im Rahmen der Haftvermeidung übernehmen sind für den Strafvollzug unverzichtbar. Für ihre Tätigkeiten müssen ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2003</p>	<p>SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	FDP	Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Ausweisung einer neuen Titelgruppe: Titelgruppe 61 Modellprojekt Jugendstrafvollzug Die Titelgruppe erhält folgenden Haushaltsvermerk: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Titel: 526 61 Sachverständige		SPD CDU FDP GRÜNE

Anlage 1 zu Vorlage 13/2610

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																																			
zu 6		<p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2005</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2004</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2003</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0 Euro</td> <td>von</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1 000 000 Euro</td> <td>um</td> <td>500 000 Euro</td> <td>1 034 700 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 000 000 Euro</td> <td>auf</td> <td>500 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>546 61</td> <td>Vermischte Ausgaben</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>427 61</td> <td>Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel dienen der Anschubfinanzierung, um einen ersten Einstieg in die Umsetzung des neuen Strafvollzugskonzeptes für den Jugendstrafvollzug im Sinne des Eckpunktepapiers der FDP-Landtagsfraktion vorzunehmen.</p>		2005		2004						Ansatz lt. HH 2003	von	0 Euro	von	0 Euro		um	1 000 000 Euro	um	500 000 Euro	1 034 700 Euro	auf	1 000 000 Euro	auf	500 000 Euro		546 61	Vermischte Ausgaben				427 61	Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen				
	2005		2004																																			
				Ansatz lt. HH 2003																																		
von	0 Euro	von	0 Euro																																			
um	1 000 000 Euro	um	500 000 Euro	1 034 700 Euro																																		
auf	1 000 000 Euro	auf	500 000 Euro																																			
546 61	Vermischte Ausgaben																																					
427 61	Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen																																					